

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

1, RATHAUS, HALBSTOCK, TÜR 247 d-i, 1082 WIEN - TELEPHON 42 805, KL. 2971-2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 12. Juli 1968

Blatt 2191

Gesperrt bis Schluß der Gemeinderats-Sitzung!

Schlußansprache des Bürgermeisters:

Halbjahresbilanz des Wiener Gemeinderates =====

12. Juli (RK) "Gestatten Sie, daß ich am Ende dieser Sitzung, der letzten vor der Sommerpause, kurz Rückschau über die Arbeit halte, die im ersten Halbjahr 1968 in diesem Saale geleistet worden ist. Diese Rückschau halte ich schon deswegen für notwendig, weil es unsere Pflicht ist, die Bevölkerung, der wir letztlich verantwortlich sind, sachlich zu informieren. Insbesondere die Jugend unserer Stadt soll wissen, daß die Arbeit des frei gewählten Gemeinderates von einem Verantwortungsbewußtsein erfüllt sein muß, das in die Zukunft weist. Jede konstruktive Kritik der neuen Generation wird, dessen bin ich sicher, von allen Mitgliedern dieses Hauses gewissenhaft geprüft werden.

Vorausschauende Finanzpolitik

Von Beginn des Jahres 1968 bis zum heutigen Tage hat der Wiener Gemeinderat weit mehr als 500 Geschäftsstücke in seinen öffentlichen Sitzungen beraten. Wir haben gestern gemeinsam mit dem Kontrollantsbericht auch den Rechnungsabschluß für das Jahr 1967 zur Kenntnis genommen, der uns gezeigt hat, daß dank einer vorausschauenden Finanzpolitik die Gebarung nahezu ausgeglichen gestaltet werden konnte.

./.

Daß dies bei den Wiener Stadtwerken nicht der Fall war, hat mannigfache Ursachen, die Ihnen allen bekannt sind; die Sprecher aller Parteien haben sich aber bei der Beratung dieses Verhandlungsgegenstandes von dem gemeinsamen Bemühen leiten lassen, mögliche Wege zur Gesundung dieses größten kommunalwirtschaftlichen Unternehmens Österreichs aufzuzeigen. Ich bin überzeugt davon, daß diese Diskussionsbeiträge bei künftigen Beratungen ihren fruchtbaren Niederschlag finden werden.

Hoffen auf 3. Wasserleitung

Der Amtsführende Stadtrat für die Öffentlichen Einrichtungen hat gestern dem Gemeinderat einen ausführlichen Bericht über die Wasserversorgung der Stadt Wien erstattet, zu dem er durch die ungewöhnlich trockene Witterung dieses Sommers veranlaßt worden ist. Ich möchte von dieser Stelle aus auf die großen Anstrengungen verweisen, die die Stadt Wien unternimmt, um mit dem ständig ansteigenden Verbrauch Schritt halten zu können; am Beginn dieser Woche ist nunmehr der Durchschlag des fast zehn Kilometer langen Schneecalpestollens erfolgt, der die Einleitung der "Sieben Quellen" in die Erste Wiener Hochquellenwasserleitung ermöglichen wird. Ich darf daran erinnern, daß Voraussetzung für die Fertigstellung des Stollens der Gemeinderatsbeschluß vom 26. Jänner 1968 gewesen ist, mit dem der ursprünglich genehmigte Sachkredit von 110 Millionen Schilling infolge der unerwartet angetroffenen überaus schwierigen geologischen und hydrologischen Verhältnisse auf 230 Millionen Schilling erhöht worden ist. Freilich wird eine Lösung der Wiener Wasserversorgungsprobleme auf lange Sicht erst durch den Bau der dritten Wiener Wasserleitung erfolgen können, wobei ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß die dem Baubeginn noch im Wege stehenden Hindernisse, die nicht auf Seiten der Stadt Wien liegen, möglichst bald beseitigt werden können.

Heute möchte ich als Bürgermeister den Appell des Herrn Amtsführenden Stadtrates für die Öffentlichen Einrichtungen, die Wassersparmaßnahmen zu beherzigen, unterstreichen.

Erhaltung der Vollbeschäftigung

Die Stadtverwaltung hat im ersten halben Jahr ihre besondere Aufmerksamkeit der wirtschaftlichen Situation in unserem Lande zugewendet. Ich darf Sie daran erinnern, daß die Stadtverwaltung ein zusätzliches Investitionsprogramm ausgearbeitet hat, das am 29. März vom Gemeinderat genehmigt worden ist. Mit diesem zusätzlichen Investitionsprogramm - der Prozentsatz der Investitionen wurde im Budget 1968 gegenüber 1967 überdies erhöht - konnten notleidenden Wirtschaftszweigen gezielte Impulse vermittelt werden, womit es gelungen ist, zahlreiche Wiener Arbeitsplätze während der Konjunkturflaute des Frühjahres zu erhalten. Aber auch die Wiener Stadtwerke sind bereit, durch Investitionen, die nicht im Wirtschaftsplan für 1968 vorgesehen sind, zur Erhaltung der Vollbeschäftigung in Wien einen wertvollen Beitrag zu leisten.

Zusammenarbeit Bund - Wien

Ich möchte von den zahlreichen Beschlüssen, die in den ersten sechs Monaten dieses Jahres in diesem Saale gefaßt worden sind, nur noch wenige andere hervorheben. Wir haben den Grundsatzbeschuß über den Bau der Untergrundbahn in Wien gefaßt und es ist mein aufrichtiger Wunsch, daß die mit dem Bund geführten Verhandlungen über eine finanzielle Beteiligung bei diesem Projekt zu einem möglichst baldigen positiven Abschluß gelangen mögen. Der Gemeinderat hat weiter im Frühjahr einen Sachkredit für den Neubau der Krankenanstalt 'Rudolfstiftung' in der Höhe von 470 Millionen Schilling bewilligt; ich glaube, daß niemand in diesem Saale ist, der sich der Bedeutung der Erneuerung unserer Kranken- und Wohlfahrtsanstalten nicht bewußt wäre. Gerade das Wohl unserer kranken und alten Mitbürger muß uns im besonderen Maße am Herzen liegen; gerade ihnen soll die

Sorge der Gemeinschaft gelten. Der Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses schreitet gut voran; erst vorgestern konnte ich gemeinsam mit dem Herrn Bundesminister für Bauten und Technik den Wohnbezirk und das Schulgebäude seiner Bestimmung übergeben. Dieses große Vorhaben ist ein beachtenswertes Beispiel guter Zusammenarbeit zwischen dem Bund und der Stadt Wien.

Wien - Internationale Stadt

Daß es trotz dieser vielfältigen Aufgaben möglich gewesen ist, den Ruf unserer Stadt als internationale Kongreß- und Konferenzstadt zu festigen, freut mich in besonderem Maße. In ersprießlicher Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen des Bundes wird im Donaupark das Internationale Konferenzzentrum entstehen und es ist mir eine Freude, dem Gemeinderat berichten zu dürfen, daß der Generalsekretär der Vereinten Nationen, der bekanntlich in der vergangenen Woche kurz in Wien weilte, sich nicht nur über das geplante Projekt, sondern über die Atmosphäre Wiens als internationales Zentrum der Begegnung besonders lebend ausgesprochen hat. Ebenso möchte ich aber unterstreichen, daß auch die dabei anwesenden Mitglieder der Bundesregierung, insbesondere der Herr Bundeskanzler, die ausgezeichnete Eignung Wiens als einer der UNO-Städte hervorgehoben haben.

Dank an den Gemeinderat

Ich möchte Ihnen, die Sie nicht nur im Gemeinderat, sondern auch in den Gemeinderatsausschüssen als Berichterstatter oder Diskussionsredner mitgeholfen haben, die großen Aufgaben unserer Stadt zu lösen, herzlichst danken. Ich danke den Bediensteten unserer Stadt, die unter der Leitung des Herrn Magistratsdirektors unermüdlich und pflichtbewußt bei der Neugestaltung unserer Stadt mitwirken. Mein besonderer Dank gilt den Amtsführenden

Stadträten, die Tag für Tag bemüht sind, gemeinsam mit den ihnen unterstehenden Magistratsabteilungen, Betrieben und Unternehmungen zur Verschönerung des Lebens unserer Stadt beizutragen.

Ich darf Ihnen allen meine Damen und Herren, meine besten Urlaubswünsche entbieten, darüber hinaus aber allen Wienerinnen und Wienern meine guten Wünsche für erholsame Ferien.

Bis zur nächsten Sitzung des Gemeinderates wird der Stadtsenat auf Grund des Paragraph : 99 der Verfassung der Stadt Wien die gegebenenfalls erforderlichen Entscheidungen treffen. In dringenden Fällen werde ich in meiner Eigenschaft als Bürgermeister von der im Paragraph 93 der Verfassung der Stadt Wien vorgesehenen Ermächtigung Gebrauch machen. Selbstverständlich wird in beiden Fällen die nachträgliche Genehmigung durch den Gemeinderat eingeholt werden.

Die Sitzung ist geschlossen "

- - -

"Unterirdischer" Straßenbahnunfall
=====

12. Juli (RK) Heute um 8.07 Uhr ist in der Unterpflasterstrecke unmittelbar nach der Rampe bei der Secession, in der Fahrtrichtung Alserstraße, in der scharfen Rechtskurve ein Zug der **Linie** E 2 auf einen Gelenktriebwagen der Linie G 2 aufgefahrene.

Ursache war, daß der Fahrer des G 2, dem der Fangkorb herunterfiel, bremste und stehenblieb, worauf der Fahrer des Folgezuges der laut Anzeige der Signalanlage auf Sicht nachfuhr, offenbar auf das Bremsmanöver nicht vorbereitet war. So kam es zu dem Unfall.

Es gab acht Verletzte, sechs Leicht- und zwei schwerer Verletzte (zur Zeit noch unbestimmten Grades). Der erste Beiwagen des aufgefahrene Zuges ist mit der hinteren Achse entgleist. Bis die Spuren gesichert waren und das Eingleisen des Wagens erfolgt war, war es 9.01 Uhr. Zu dieser Zeit konnte der Verkehr wieder aufgenommen werden.

Dieser Auffahrunfall war der erste, der sich auf der unterirdischen Zweierlinie ereignet hat. Immerhin ist die Strecke schon bald zwei Jahre in Betrieb, ohne daß es bisher zu einem Unglück gekommen war.

- - -

Wiener Landtag:

Kehraus im Rathaus

=====

12. Juli (RK) Zu seiner letzten Sitzung vor Beginn der Sommerferien trat heute vormittag der Wiener Landtag unter Vorsitz von Landtagspräsident Mühlhauser zusammen. Zu Beginn wurden eine Reihe von Anfragen den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung zugewiesen: eine Anfrage der FPÖ betreffend "die Limitierung der Klassenschüler-Höchstzahl mit 36 Schülern" und eine Anfrage der ÖVP betreffend "die Beachtung der Bestimmungen des Mietengesetzes". Ferner waren im Einlauf der heutigen Landtagsitzung ein Antrag der ÖVP betreffend "die Herabsetzung der Sondergebühren in den ~~höheren~~ Gebühreklassen der städtischen Spitäler" sowie ein von SPÖ und ÖVP gestellter gemeinsamer Antrag betreffend "Herabsetzung des Wahlalters für Wiener Landtag und Gemeinderat".

Herabsetzung des Wahlalters

In der Einleitung dieses Antrages heißt es wörtlich: "Im Hinblick auf die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre ist es notwendig, den jungen Menschen in Wien schon früher als bisher ein Mitbestimmungsrecht und damit verbunden eine Mitverantwortung in öffentlichen Belangen zuzuerkennen. Wesentliche Voraussetzung hierfür ist die Herabsetzung sowohl des aktiven als auch des passiven Wahlalters, um der Jugend - so wie dies auch bei den Wahlen zum Nationalrat geplant ist - früher als bisher nicht nur die Ausübung der vornehmsten staatsbürgerlichen Pflicht in einem demokratischen Gemeinwesen, sondern darüber hinaus auch die frühere Übernahme von Verantwortung im öffentlichen Leben zu ermöglichen.

Die Abgeordneten Ing. Hofmann, Dr. Glatzl und Genossen stellten den Antrag, der Landtag wolle beschließen: der Herr Amtsführende Stadtrat für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten wird ersucht, die Vorbereitung einer Gesetzesvorlage zu veranlassen, der zufolge analog der beabsichtigten Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters zum Nationalrat auch für Wahlen zum Wiener Landtag, zum Gemeinderat der Stadt Wien und zu den Wiener Bezirksvertretungen das aktive und passive Wahlalter um jeweils ein Jahr herabgesetzt wird."

Neuordnung des Besoldungsrechtes

Stadtrat Bock (SPÖ) berichtete über eine Abänderung zum Besoldungsrecht der Beamten der Bundeshauptstadt Wien und im Zusammenhang damit über Bestimmungen für die Gewährung von Teuerungszulagen.

"Anlässlich der letzten Gehaltsverhandlungen vor nunmehr anderthalb Jahren wurde bereits beschlossen, daß das Besoldungsrecht grundsätzlich abgeändert werden soll. Ziel dieser Änderung ist die Angleichung der Entlohnung der öffentlichen Dienstnehmer an jene in der Privatwirtschaft. Die heutige Struktur zeigt ja nahezu zwei verkehrte Besoldungsversionen: Während der öffentliche Dienstnehmer am Anfang relativ niedrig eingestuft wird, in der zweiten Hälfte seiner Laufbahn gleichzieht und gelegentlich sogar mehr verdient als sein Kollege in der Privatwirtschaft, ihn am Ende zumeist sogar überrundet, sieht das Bild auf der anderen Seite einen höheren Anfangsgehalt und dann ein langsames Ansteigen. Dies bringt naturgemäß dem öffentlichen Dienst Nachwuchsprobleme. Und diese wollen wir mit vorliegendem Gesetz weitestgehend beseitigen". Der Berichterstatter betonte, daß sich die angestrebte Regelung auf mehrere Jahre erstrecken wird (1968 bis 1970) und daß zusätzlich jeweils am Jahresbeginn Teuerungszulagen gewährt werden, wenn die Lebenshaltungskosten um mehr als 2,5 Prozent gestiegen sind.

Prinzipiell erklärte Stadtrat Bock, daß im Gegensatz zum Bund bei der Gemeinde Wien die aus diesem Gesetz resultierenden Mehrausgaben keineswegs nur durch Einsparungen auf dem Personalsektor aufgebracht werden sollen, sondern vorwiegend durch Personalumschichtungen und den Einsatz von technischen Hilfsmitteln.

./.

Als erster Debattenredner kommt Abgeordneter Karger (KLS) zu Wort. Er bezeichnet die Unterbezahlung der öffentlich Bediensteten als allgemein bekannte Tatsache. Der vorliegende Entwurf stelle eine Verbesserung der Gehaltsordnung dar und sei daher zu begrüßen. Außerdem würden damit auch Lücken im Dienstrecht geschlossen.

Allerdings dürfe ein Mangel nicht übersehen werden: die von den öffentlich Bediensteten geforderte automatische Wertsicherung ihrer Gehälter wurde nicht verwirklicht. Wenn eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten eintritt, erhält der Bedienstete nicht auf jeden Fall mehr Geld, sondern erst dann, wenn der Stadtsenat eine Teuerungszulage gewährt. Die Stadt Wien sollte in der Gehalts- und Personalpolitik vorbildliche Wege gehen. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Als Sprecher der FPÖ tritt Abgeordneter Dr. Hirnschall ans Rednerpult. Die Forderung nach einer neuen Besoldungsordnung sei nicht nur von den Bediensteten selbst erhoben worden, sondern auch von der Verwaltung. Dies in der Erkenntnis, daß es zu einer negativen Auslese komme, wenn die Bezüge in den ersten zehn bis fünfzehn Dienstjahren - verglichen mit den Gehältern in der Privatwirtschaft - zu niedrig sind.

Der vorliegende Entwurf führe zu fühlbaren Verbesserungen, bedeute aber keine durchgreifende Reform. In seinem Aufbau habe man am Gehaltsgesetz 1956 festgehalten, weshalb es unmöglich war, neue Schwerpunkte zu bilden.

Vor allem sei nichts unternommen worden, um mit der chronischen Unterbezahlung der Sozialberufe endlich Schluß zu machen. Die Forderung nach einem eigenen Gehaltsschema für den Sozialdienst sei unberücksichtigt geblieben.

Teuerungszuschläge durch Verordnungen zu gewähren bezeichnet der Redner als eine sehr problematische Lösung. Bei den Bundesbediensteten bestehe diese Regelung schon seit zwölf Jahren, praktisch wurde jedoch nie davon Gebrauch gemacht. Zur automatischen Wertsicherung habe man sich nicht durchringen können - vielleicht auch deshalb nicht, weil sie die Möglichkeit in sich birgt, die Gewerkschaft überflüssig zu machen. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Abg. Dr. Bauer (ÖVP) begrüßte und bejahte die Schaffung des neuen Besoldungsschemas. Er gab nur seinem Erstaunen Ausdruck, daß sein Vorredner von der KLS als Vergleichsbasis nicht etwa die Einkommensverhältnisse aus der DDR oder einem anderen Ostland, sondern die aus der Deutschen Bundesrepublik, Schweden und der Schweiz herangezogen habe. Was den Bericht des Abgeordneten Hirnschall anlangt, habe auch er von der kritischen Einstellung gewerkschaftlicher Kreise zu der Wertsicherungsklausel der neuen Besoldungsordnung gehört. Allerdings stamme die Kritik ausschließlich aus Kreisen der Vertreter des Beamtenbundes.

Die zu beschließende neue Besoldungsordnung wird in vier Etappen in Kraft treten. Nach der letzten Erhöhung werden, die Gehälter - verglichen mit jenen aus dem Jahre 1966 - um insgesamt 40 Prozent gestiegen sein.

Er kam sodann auf den von der ÖVP-Fraktion schon vor einem Jahr eingebrachten Antrag zu sprechen, eine Unfallversicherung für die Gemeindebediensteten einzuführen. Um die Notwendigkeit einer solchen Versicherung zu unterstreichen, berichtete er, daß seit Einführung dieser Versicherung im Staatsdienst jährlich 3.000 bis 4.000 Unfallgeschehen gemeldet und behandelt werden.

Abgeordneter Peska (SPÖ) bezeichnete den zu beschließenden Entwurf als einen der bedeutsamsten für die Bediensteten der Stadt Wien. Es werden durch das neue Besoldungsschema die Bezahlung der Gemeindeangestellten nicht nur an jene der Privatwirtschaft herangeführt, sondern es werde dadurch auch eine leistungsgerechte Entlohnung eingeführt. Daß man sich mit dem Problem der Entlohnung, der Ausarbeitung der Vorlage und der Fertigstellung des Gesetzeswerkes überhaupt beschäftigt habe, betrachte er als eine Pionierarbeit der Stadt Wien, die beispielgebend für den ganzen öffentlichen Dienst ist. Er wolle festhalten und unterstreichen, daß es sich nicht - wie die ÖVP heute zu behaupten versucht, um eine Anregung und ein Verdienst von Bundeskanzler Klaus, sondern der Vertreter der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes handle. Von ihnen wurde bereits im Jahr 1965 die Forderung zur Schaffung eines neuen Gehaltsgesetzes verlangt.

Nur dem Druck der Gewerkschaften sei es zu verdanken, daß am 1. April 1967 erste konkrete Verhandlungen begonnen haben, und es heute zu einem endgültigen Abschluß kommen wird. Noch seien Verbesserungen vorzunehmen. So etwa eine angemessene Entschädigung für jene Bedienstete, die einer regelmäßigen Sonn- und Feiertagsbeschäftigung nachgehen müssen oder die Anrechnung von Zulagen und Nebengebühren für Pensionen.

Zu der oft kritisierten Wertsicherung der Bezugsregelung, daß der Stadtsenat bis 1971 Teuerungszulagen beschließen könne, meinte der Redner, es handle sich erstmals seit 1945 um ein längerfristiges Konzept über vier Jahre. Wenn die Teuerungen nicht abgegolten werden könnten, würden die Bezugserhöhungen durch die eingetretenen Teuerungen bald egalisiert. Der Realwert müsse gesichert werden. Die Sozialisten würden der Vorlage zustimmen.

In seinem Schlußwort führt Stadtrat Bock aus: Der Präsident des Landtages habe erklärt, General- und Spezialdebatte könnten unter einem abgehalten werden wegen des geringen Umfangs der Vorlage. Materiell sei der Umfang aber keineswegs gering: für 1968 wären insgesamt 148,9 Millionen Schilling, für 1969 582 Millionen und bis 1970 insgesamt 913 Millionen Schilling zusätzlich erforderlich, wozu dann noch bis zu zehn Prozent der gesamten Bezüge kämen. Des einen Freud sei des anderen Leid, und während es für ihn als Personalstadtrat erfreulich sei, hätten Finanzreferent Slavik und Stadtwerkechefin Stadträtin Dr. Schaumayer die schwierige Aufgabe, das Geld aufzubringen.

Nachdem sich der Redner mit einigen Fragen der Debattenredner auseinandergesetzt hat, berichtet er zur Illustration der Haltung Wiens auf dem Personalsektor von der Äußerung eines Städtebundesdelegierten aus einem Bundesland, der erklärt habe, wenn Wien nicht wäre, würden die anderen Städte zurückbleiben. Wien habe immer Initiative bewiesen. Natürlich, meinte Bock, gebe es auch offene Fragen, wie etwa das Sozialschema, aber das könne nicht von Wien allein entschieden werden.

Die Gehaltsregelung müsse dazu dienen, die Legende zu widerlegen, der Beamte sei eine Art Paria. Die öffentlich Bediensteten gehörten heute zu den gutbesoldeten Kräften. Die Beamten von heute seien Diener des Volkes und arbeiten im Interesse des Bürgers dieser Stadt. Das müsse man unseren Beamten immer wieder ins Gewissen rufen, daß der Bürger menschliche Arbeit verlangt.

Bei dieser Vorlage, beendete Stadtrat Bock das Schlußwort handle es sich um eine der bedeutendsten des Landtages in den letzten Jahren. Er sei überzeugt, die Beamtenschaft werde dies durch noch bessere Dienstleistung zu würdigen wissen.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage in erster und zweiter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.

Bessere Lösung für "Zeitungsstandln"

Über den zweiten Punkt der Tagesordnung, die Gebrauchsabgabengesetznovelle 1968 referiert Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik (SPÖ). Der Referent verweist darauf, daß verschiedene Rechtsauffassungen bestanden haben und das Gesetz daher längere Zeit beraten werden müßte.

Der Punkt 2 des Gesetzes beschäftigt sich mit der Neufassung der Tarife für Zeitungsverkaufseinrichtungen. Es wurden Verhandlungen mit den Zeitungsherausgebern und den Interessenvertretungen geführt. Man kam übereinstimmend zu dem Ergebnis, für Zeitungsverkaufseinrichtungen jeder Art 4 v.H. der Bruttoeinnahmen zu verrechnen.

Der Antrag wurde ohne Debatte in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

(Ende des Wiener Landtages)

- - -

Fortsetzung des Wiener Gemeinderates

=====

11. Juli (RK) Die gestern abend unterbrochene Sitzung des Gemeinderates wurde heute vormittag im Anschluß an die Landtagssitzung fortgesetzt.

Neuer Jugendspielplatz

Der erste Referent ist GR. Rösner (SPÖ), der einen Antrag auf Errichtung eines Jugendspielplatzes mit Garderobenhaus auf den städtischen Grundflächen im 15. Bezirk, Loeschenkohl-gasse, stellt. Dieser Antrag gehe auf einen langgehegten Wunsch der Bezirksvertretung zurück, die wiederholt die Errichtung eines Jugenspielplatzes in diesem Gebiet beantragte. Leider haben sich die Grundverhandlungen über Jahre hingezogen. Nun ist man endlich so weit, die notwendigen Grundflächen zur Verfügung zu haben. Neben der bereits beschlossenen Errichtung eines Kinderfreibades soll nun auch noch ein Jugendspielplatz mit den dazugehörigen Garderoberäumlichkeiten gebaut werden. Die Spielflächen sollen so gestaltet werden, daß sie im Winter als Eislaufplatz zu verwenden sind. Man rechnet mit einem Gesamtkostenerfordernis von 3,930.000 Schilling. Das Areal ist 4.400 Quadratmeter groß.

GR. Karger (KLS) begrüßt die Errichtung des Jugendspielplatzes und des Kinderfreibades und fordert eine rasche Bau-durchführung. Er verweist darauf, daß diese Einrichtungen für die Jugend des 15. Bezirkes von großer Bedeutung sind, darüber hinaus aber auch noch für die gesamte Bevölkerung unserer Stadt. Die Fertigstellung des Kinderfreibades sei ja die Voraussetzung dafür, daß das Kinderfreibad bei der Stadthalle abgebrochen werden kann und an seiner Stelle das Stadthallenbad gebaut wird. Den Bau des Stadthallenbades hat man jedoch mit dem Hinweis hinausgeschoben, daß die Errichtung des Dianabades Vorrang hat. Nun hört man aber, daß die Errichtung des Dianabades durch zu hohe Kosten gefährdet sei. Der Redner ersucht um In-formation in dieser Angelegenheit.

GR. Rösner verzichtet auf das Schlußwort.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Liegenschafts Kauf

GR. Maria Hirschler (SPÖ) referiert den Kauf einer Liegenschaft von der SPÖ - Freie Schule - Kinderfreunde im 22. Bezirk, Kaisermühlen. Dadurch soll der Ausbau der Volksschule Schüttau- platz möglich werden. Als Quadratmeterpreis werden 750 Schilling - für das Gesamtgrundstück 647.250 Schilling angegeben.

Dr. Hirnschall (FPÖ) wundert sich als erster Debattenredner, daß hier keine Konsequenzen seitens der Rathausmehrheit aus den Parlamentsdebatten der letzten Tage gezogen werden (Prader - Grundstücke). Außerdem verweist er darauf, daß der Grundkauf nur zustandekäme, wenn auch ein Lokal für die Kinderfreunde zur Vermietung gelangt. Dies ergebe die Differenz zwischen dem ursprünglich 800 Schilling pro Quadratmeter und den j tzt im Antrag aufscheinenden 750 Schilling. Der Debattenredner findet den Kaufpreis um 100 Prozent überhöht und das Argument, das auch die Nationalbank am gleichen Orte um diesen Preis gekauft habe sinnwidrig, weil seinerzeit just dieses Beispiel als verwerflich angeprangert worden sei.

"Warum schreitet die Gemeinde Wien nicht zum Enteignungsverfahren wie seinerzeit bei den Inzersdorfer-Bauern?" fragt er und schließt "wenn dieses Geschäft durchgehen sollte, wird sich die Rathausmehrheit dem Vorwurf der indirekten Parteifinanzierung gefallen lassen müssen.

GR. Dr. Habl (ÖVP) erläutert zusätzlich aus dem Grundbuch: demnach scheint im Jahr 1927 als Eigentümer des Grundstückes der Verein Kinderheime Kaisermühlen dann die Republik Österreich, schließlich wieder das Kinderheim Kaisermühlen auf, welches 1952 an die Kinderfreunde besagtes Grundstück im Schenkungswege abgibt. "Der Einheitswert liegt heute bei 126.000 Schilling für die gesamte Bodenfläche, was praktisch einen Quadratmeterpreis von 146 Schilling ergäbe". (Daß der Debattenredner dabei die Begriffe Einheitswert und Verkehrswert vermengt, wird von der Rathausmehrheit in Zwischenrufen in Erringerung gebracht.)

GR. Dr. Habl schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde.

Der nächste Debattenredner, GR. Müller (SFÖ), stellte fest, daß das aus dem Jahre 1877 stammende Schulhaus in Kaisermühlen bei der Generalrenovierung der Wiener Schulen ausgelassen wurde, weil es zu klein, unmodern und ohne Spielplatz sei. Bereits im April 1964 habe Bezirksvorsteher Köppl bei der Schulverwaltung angesucht, es möge eine neue Schule gebaut werden.

Hierauf versuchte die Gemeinde Wien, die Anrainer des Schulgrundstückes dazu zu bewegen, ihr die Gründe zu verkaufen, weil man Platz für den Neubau brauchte. Die Verhandlungen mit dem Grundstückbesitzer am Schüttauplatz waren schon fast abgeschlossen, als es plötzlich hieß, es sei bereits an einen anderen Interessenten verkauft worden: um 800 Schilling je Quadratmeter.

Nun verhandelte die Gemeinde mit dem neuen Grundstückbesitzer, der Nationalbank. Man bot Tauschgründe an: drei in Donaustadt, je einen im 19. und im 14. Bezirk. Aber die Nationalbank lehnte ab.

Nun wurde versucht, das Schulgrundstück nach der anderen Seite hin zu vergrößern: durch Ankauf eines Grundstückes in der Mendelssohngasse, das den Kinderfreunden gehört. Verhandlungen mit dem Verein erbrachten das jetzt vorliegende Angebot: das 863 Quadratmeter große Grundstück wird der Gemeinde zum Preis von 750 Schilling pro Quadratmeter verkauft.

Das sei der Sachverhalt, stellte GR. Müller fest, der keinerlei Parallelen zu Grundstückstransaktionen zulasse, die in letzter Zeit die Öffentlichkeit empört haben. (Zwischenrufe von der ÖVP-Fraktion). Die SFÖ hätte es jedenfalls nicht notwendig, den Parteivorstand mit dieser Sache zu befassen. Abschließend teilte der Debattenredner mit, daß seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde.

In ihrem Schlußwort stellte die Berichterstatterin GR. Maria Hirschler (SlO) fest, daß in anderen Gebieten weit höhere Quadratmeterpreise bezahlt werden. Die Kinderfreunde hätten überdies ein günstigeres Angebot von privater Seite abgelehnt, um dem Schulneubau zu dem benötigten Grund zu verhelfen.

In der folgenden Abstimmung wurde der Antrag mit Mehrheit angenommen;

Neue Pensionistenklubs

GR. Maria Szöllösi (SPÖ) referierte einen Antrag über die städtischen Pensionistenklubs. Zu den bestehenden 107 Klubs sollen heuer ab Herbst vier neue kommen; Klubs, in denen mehr als hundert Besucher eingeschrieben sind, sollen einen zweiten stellvertretenden Klubleiter bekommen; überdies sollen Eröffnungsfeiern und monatlich Filmvorführungen stattfinden und die Beschäftigungsgruppen weiterausgebaut werden. Für die Gesamtkosten der Pensionistenklubs in der Saison 1968/69 wären 7,8 Millionen Schilling vorzusehen.

Zu dem Antrag nimmt GR. Lehner (ÖVP) Stellung. Die Pensionistenklubs seien als wesentlicher Teil der Altenbetreuung sehr zu begrüßen. ... Leider habe man aber beim Antrag die Vorschläge seiner Fraktion vergessen. Wer über den Einkommensgrenzen von 1200 Schilling für Alleinstehende beziehungsweise 1650 Schilling für Ehepaare liege, müsse für die Leistungen des Klubs bezahlen. Dadurch schaffe man Klassenunterschiede was nicht der Sinn der Klubs sei. Außerdem sei nur ein denkbar geringer Personenkreis davon betroffen: in der Josefstadt zum Beispiel nur vier Personen. Der administrative Aufwand stehe hier doch in keinem Einklang mit dem Erfolg. Er könne sich nicht vorstellen, meinte der Redner, daß sich bei Aufhebung der Bezahlung die Finanzaristokratie in den Pensionistenklubs einfinden würde.

Unter allgemeinem Beifall dankt GR. Lehner hierauf für die oft unbedankte Arbeit der Leiter der Pensionistenklubs. Leider sei er sich aber bei einer Rundfahrt zu den Pensionistenklubs vorgekommen wie bei einer Besichtigung der Wiener SPÖ-Lokale; das, obwohl auch ein Klub in einem ÖVP-Lokal untergebracht sei. Man wolle hier offenbar mit den nicht unbeträchtlichen Mieten den SP-Sektionen unter die Arme greifen. Es gebe sogar Bezirke, in denen alle Klubs in SP-Lokalen seien (Zwischenruf aus den Bänken der ÖVP: Sicher Zufall!).

./.

In der Jedleseer Straße solle ein Klub in einem Lokal untergebracht werden, in dem früher eine Konsumfiliale sei. 710.000 Schilling sollen für die Renovierung aufgebracht werden. Peinlich sei dabei, daß wiederum die SPÖ der Hauptmieter des Lokals sei. Die Volkspartei habe daher in Gemeinderatsausschuß IX dagegen gestimmt. Er habe volles Verständnis für schöne Sektionslokale, aber nicht für diese Vorgangsweise (Beifall von der ÖVP). Wenn seine Fraktion dennoch zustimme, dann nur, weil man für die alten Menschen sei, aber nicht, damit die SPÖ glaube, man erkenne diese Dinge nicht.

GR. Maria Szöllösi bemerkt im Schlußwort zu den Einkommensgrenzen, die Pensionistenklubs seien eben hauptsächlich für solche Einsame, die kein Geld für das Kaffeehaus haben. Wenn man davon spreche, daß Klubs in SPÖ-Lokalen seien, müsse sie sagen, wenn man objektiv sei, erkenne man, daß niemand in den Klubs nach der Partei fragt und daß in den Klubs keine Parteipolitik betrieben wird.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Sportförderung

GR. Rösner (SPÖ) stellte den Antrag, insgesamt sechs Sportvereine im Rahmen der Sportförderungsaktion 1968 Zuschüsse in der Höhe von 1,65 Millionen Schilling zu gewähren.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) unterstrich zunächst zustimmend, daß gleich an erster Stelle zwei Organisationen ständen, die sich speziell der Pflege des Kinderturnens widmen. Wie notwendig Kinderturnen sei, ergebe sich daraus, daß einerseits der Turnunterricht in der Schule gekürzt werden solle, andererseits, daß Untersuchungen in steigendem Maß Haltungsschäden ergeben. Bedauerlich sei, daß nur der ASKÖ und der Union-Turnverband subventioniert werden sollen, während wieder einmal - wie leider schon seit Jahren - der Österreichische Turnerbund leer ausgeht. Als Argument führe man an, daß in diesem Turnverein die Kinder angeblich politisch ungünstig beeinflusst würden. Sein Argument, er selbst schicke seine Kinder in diesen Sportverein und könne von einer Beeinflussung nichts bemerken, wird durch allgemeines Gelächter und "Na net!" - Rufe unterbrochen. Sein Abänderungsantrag, den Österreichischen Turnerbund mit 50.000 Schilling zu subventionieren wird abgelehnt; der Antrag auf Subventionierung der von Berichterstatter angeführten Sportverbände angenommen.

GR. Hans Mayr (SPÖ) stellt den Antrag, die Firma Dkfm. Gerhard Huber, Unternehmensberatung, mit dem Auftrag zu betrauen, die gesamte Organisation der Magistratsabteilung 48, Stadtreinigung, zu analysieren und Reorganisationsvorschläge zu unterbreiten. Für die Durchführung des Auftrages soll ein Sachkredit von 720.000 Schilling genehmigt werden.

Zur Debatte meldet sich GR. Ebert (ÖVP), der das Vorhaben gut heißt und mitteilt, daß seine Fraktion mit dem Antrag einverstanden ist. Allerdings vertrete er die Meinung, man solle solche Planungsvorhaben nicht nur auf eine einzelne Abteilung, sondern generell für das Rechnungswesen des Rathauses ausdehnen.

GR. Mayr erklärt in seinem Schlußwort, daß die Magistratsabteilung 48 zwar eine in sich geschlossene Abteilung sei, im vorgelegten Vertrag aber bereits festgelegt ist, daß nicht nur die Magistratsabteilung 48, sondern daß Zusammenspiel mit der zentralen Verwaltung des Rathauses festgelegt werden soll. Der Antrag wird angenommen.

Bebauungsplan

GR. Ing. Hoffmann (SPÖ) referiert den Antrag über die Abänderung des Bebauungsplan für das Gebiet nordöstlich der Karlskirche und führt dazu aus, daß es sich um ein Problem handle, das schon seit Jahrhunderten in Planung steht und wohl noch ebenso lange durchgeplant werden wird.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) beleuchtet in einer kunsthistorischen Betrachtung die Problematik, die ein Kunstwerk wie es das Barockjuwel Karlskirche darstellt - der Entwicklung der Jahrhunderte unterworfen ist. Als die Kirche in der Mitte des 18. Jahrhunderts errichtet wurde, stand sie auf einem freien Platz mitten in der Landschaft, von allen Seiten gut sichtbar. Als der Wall um die Stadt niedergedrückt und die Ringstraße errichtet wurde, verschwand das prächtige Barockbauwerk aus der Sicht des Betrachters. Eine Reise nach England habe sich mit einer erschütternden Tatsache konfrontiert: in diesem Land hat man sich dazu durchgerungen, kommende Generation nicht mehr mit Problemen wertvoller Bauwerke zu belasten, sondern nur solche, mit einer voraussichtlichen Lebens- und Benützungszeit von 60 Jahren zu errichten. Die Stadt Wien aber hat trotz dieses Zuges der modernen schnellebigen Zeit die vornehme Pflicht, die prächtvollen und von aller Welt bestaunten Kunstwerke in Wien zu erhalten und mit der modernen Stadtplanung in harmonischem Einklang zu bringen.

./.

Das Problem des Karlsplatzes beschäftigt bereits Generationen und viele Studien wurden ausgearbeitet. Immer wieder tauchte die Frage auf, ob für das gesamte große Areal geplant werden kann oder ob man nur jeweils Teillösungen treffen soll. Auch der vorliegende Antrag beinhaltet nur eine Teillösung. Die Rednerin ersucht, den Gemeinderat fortlaufend über vorliegende Pläne und Entwicklungen zu unterrichten. Es sei ohne Zweifel, daß man bei der Lösung des Problems auch der Entwicklung des Verkehrs, der Frage der Einbindung der Wientalstraße, der Lösung der Wiedner Hauptstraße, des U-Bahn-Projektes und vielen anderen städtebaulich notwendigen Lösungen Rechnung tragen muß. Es sei daher besonders zu begrüßen, daß die Stadtplanungskommission sich die Mühe genommen hat, dieses Problem in Angriff zu nehmen und einen Wettbewerb auszuschreiben. Dadurch kam man zu jener Lösung, die Rücksicht nimmt auf die Karlskirche und sich auch sonst in den Rahmen fügt. Die Überdachung der Symphonikerstraße, beziehungsweise die Schaffung eines kleinen Hofes bringt eine gute Lösung. Derartige Fußgängerzonen haben sich auch im Ausland bestens bewährt. Die Rednerin appelliert, auch bei anderen Bauten mit dieser Verantwortung und Liebe zu unserer Stadt zu planen. Es sollten nicht nur interessante Bauwerke, sondern auch erhaltungswürdige Ortskerne in ihrem Bestand erhalten werden. Alle diese Probleme sollen gemeinsam in der Liebe zu unserer Stadt gelöst werden.

GR. Ing. Hofmann stellt fest, daß sich Fachleute durch die Initiative des Bürgermeisters unter dem Arbeitstitel "Alte Stadt in neuer Zeit" zusammensetzen werden, um alles das durchzusetzen, was in der Diskussion gesagt wurde. Es sei selbstverständlich, daß das vorliegende Geschäftsstück nur eine Teillösung sein kann. Die Stadtplanungskommission wird sich in nächster Zeit mit weiteren Planungen für dieses Gebiet beschäftigen. Dem vorliegenden Antrag könne man mit ruhigem Gewissen zustimmen, weil bei diesem Vorschlag die Karlskirche das Maß aller Dinge gewesen ist.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Tiefgarage unter dem Beethovenplatz

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) referiert einen Antrag auf Neufestsetzung der Bebauungsbestimmungen für den Beethovenplatz im 1. Bezirk. Der Antrag wurde notwendig, weil die Girozentrale auf dem genannten Platz eine Tiefgarage für 400 Fkws errichten will. Über der Garage soll nach ihrer Fertigstellung Erdreich aufgeschüttet werden, damit der Baumbestand erhalten, beziehungsweise neue Bäume gepflanzt werden können.

GR. Planek (SPÖ) stellt fest, es sei erklärlich, daß Stadtbildpfleger und alle, die für die Erhaltung des Grünlandes eintreten, zunächst einmal schwere Bedenken gegen die Errichtung der Tiefgarage hatten. Es soll jedoch nicht nur das Denkmal auf dem Platz erhalten bleiben, sondern auch die Grünfläche. Der Fehlbestand an Parkplätzen und Stellplätzen sei jedoch gerade im 1. Bezirk sehr groß, und der Bau der Tiefgarage werde eine - wenn auch kleine Erleichterung bringen. Es sei erfreulich, daß private Initiative zur Stellung des vorliegenden Antrages geführt hat.

Der nächste Debattenredner war GR. Neusser (ÖVP). Er verwies auf die Schwierigkeiten des Parkraumproblems gerade in der Innenstadt und stellte fest, daß der Bezirksvorsteher des 1. Bezirkes bereits 1954 verschiedene Anträge gestellt habe. Auch seine Fraktion habe sich wiederholt mit dem Parkraumproblem beschäftigt.

Dann bemängelte der Debattenredner, daß sich die Stadtverwaltung auf diesem Gebiet einfach zu viel Zeit lasse. Die Studie des Verkehrsexperten Prof. Dr. Dorfwirth habe am 14. September 1966 vorgelegen. Sieben Monate später seien fünf einschlägige Sonderkommissionen gebildet worden. Nur eine - jene Kommission, die sich mit der Schaffung von Kurzparkzonen beschäftigt - habe von sich reden gemacht, von den anderen habe man nie wieder etwas gehört. Deshalb stelle er eine diesbezügliche Anfrage. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

In seinem Schlußwort kam GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) als Berichterstatter ebenfalls auf die Dorfwirth-Studie zu sprechen. Danach brauche man - wenn alle Parkwünsche für die Innenstadt erfüllt werden sollen - eine Fläche, die jener der Bezirke 5, 6, 7 und 8 entspricht. Die Kraftfahrer in Wien seien leider noch nicht bereit, für das Stehen des Fahrzeuges zu bezahlen. Im Jahre 1965 wurden in Wien für den Betrieb von Kraftfahrzeugen 8,3 Milliarden Schilling aufgewendet - für das Abstellen der Fahrzeuge hatte man allerdings nur 100 Millionen Schilling übrig.

In der folgenden Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Subventionen

Der nächste Tagesordnungspunkt betraf die Subventionierung verschiedener Vereinigungen. Ing. Hofmann (SPÖ) als Berichterstatter nannte den Betrag von 282.000 Schilling, der für diesen Zweck vorgesehen ist.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) bezeichnete die Subventionierung bestimmter Vereine als eine Benachteiligung anderer Jugendlicher, die nicht dem Bundesjugendring angehören. Er verlangte getrennte Abstimmung.

Die Abstimmung wurde auf Wunsch von Dr. Schmidt (FPÖ) über den Punkt 1 der Liste gesondert abgeführt und ergab auch nur bei diesem Punkt mehrstimmige Zustimmung des ansonsten einstimmig angenommenen Antrages.

GR. Gawlik (SPÖ) referiert über die Subventionierung der internationalen Gesellschaft für neue Musik. Diese erste Vereinigung musikalischer Natur, die nach 1945 ins Leben gerufen wurde, ist immer für neues Musikschaffen eingetreten. Wie der Jahresbericht der Gesellschaft nunmehr ausweist, ist sie gegenwärtig nicht mehr in der Lage, alle ihre Aufgaben zu erfüllen. GR. Gawlik stellt daher den Antrag, besonders im Hinblick auf Konzertdurchführungen im heurigen Jahr 25.000 Subvention zu gewähren.

Dr. Schmidt (FPÖ) stellt als erster Debattenredner die Förderungswürdigkeit der internationalen Gesellschaft für neue Musik in Frage. Er stellt fest, daß die Wiener Kulturförderung seit jeher die Tendenz aufzeigt, alles Neue und Moderne zu fördern. Hier nun handelt es sich aber einerseits um Musik, die seit Jahren ihren Platz im Musikleben habe - also kein ausgesprochenes Anliegen "Neue Musik" - andererseits um Werke von zweifelhaftem Wert. Er zitiert Presseberichte, wonach "ein neues Konzertgefühl", jedoch zum Davonrennen" geschaffen werde und schließt daß solches nicht zu fördern sei.

In seinem Schlußwort weist GR. Gawlik darauf hin, daß auch Wagner seinerzeit für die Umwelt nur "Krawall" gemacht habe und heute anerkannt sei. "Man muß eine Gesellschaft, die im Umbruch ist, schon einiges für die Entwicklung zugute halten, und diese fördern".

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Förderung der Jungfilmer

Der nächste Antrag den GR. Gawlik (SPÖ) referiert, dient der Förderung der Jungfilmer. Für solche Filmvorhaben sind 1,4 Millionen Schilling vorgesehen.

GR. Ascherl (SPÖ) stellt hiezu fest, daß die ausgezeichnet besuchte Viennale - 48 Prozent der Vorstellungen waren ausverkauft - ein großes Interesse am jungen und modernen Film bewiesen habe. Leider ist kein Österreicher hier zum Zuge gekommen. Die zur Frage stehende Förderung von Kurz- und Experimentalfilmen heimischer Provenienz würde sich besonders bei der kommenden Viennale und bei den Filmfestspielen in Venedig bezahlt machen. Ein geplanter Kokoschkafilm hat bereits heute seitens jener Stadtverwaltungen des Auslandes, in deren Bereich er gedreht werden soll, a priori Subventionen erhalten. Dies sei wohl eine eklatante Anerkennung der Notwendigkeit der Filmförderung. "Hoffentlich bekommen wir Impulse für den österreichischen Film und vielleicht sogar wieder den Anschluß an den internationalen Standard.

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

./.

Neuregelungen der Friedhofstarife

Vizebürgermeister Dr. Drimmel (ÖVP) referiert über die Neuregelung der Friedhofstarife und Urnenheimgebühren. Das Mehrerfordernis des Restjahres 1968 mit 6,7 Millionen Schilling und jenes für 1969 mit 19 Millionen Schilling muß gedeckt werden, soll das bisher zu 95 Prozent erfüllte Prinzip der Kostendeckung bei dieser Tarifgruppe weiterhin Gültigkeit haben.

Die beantragten Erhöhungen resultieren ihrerseits wieder aus Erhöhungen wegen des Ausbaues der Simmeringer Feuerhalle sowie der Urnenheime, der Bezugserhöhungen für das Personal, dem steigenden Baukostenindex und dem Ausfall der Erneuerungsgebühren für Gräber mit 15jähriger Laufzeit.

Vizebürgermeister Dr. Drimmel beschäftigte sich abschließend mit der Frage, wer von der projektierten Erhöhung fühlbarer betroffen werde: die breite Masse oder jene, die einen größeren Aufwand bei Begräbnissen wünschen. Entsprechend der Gebühren auf der zum Beschluß vorliegenden Tabelle sind es in erster Linie jene, die die Beerdigung ihres Verstorbenen unter größerem Aufwand vornehmen lassen wollen.

GR. Lauscher (KLS) meldet sich mit dem Argument zum Wort, daß seine Partei grundsätzlich gegen alle Preis- und Tarifierhöhungen sei und er auf jeden Fall verhindern möchte, daß der Antrag ohne Einspruch angenommen werde. Überdies würde er der ÖVP nahelegen, die durch die Koalition bedingte Doppelbödigkeit ihrer Politik zu modifizieren.

Vizebürgermeister Dr. Drimmel führte in seinem Schlußwort aus, daß es in der Wiener Rathausverwaltung eben eine Koalition aus zwei großen Parteien gebe, Spannungen gibt es hier wie es sie auch im Leben jedes Einzelnen gibt; ja, Spannungen bedeuten überhaupt das Leben.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Ein neues Wohngebiet

GR. Jodlbauer (SPÖ) beantragte eine Umwidmung des Flächenwidmungsplanes und des Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Erzherzog-Karl Straße, Wagramer Straße und der Schnellstraße zur vierten Donaubrücke.

Die städtebaulich günstige Lage, argumentierte er, verlange eine intensivere Nutzung des Gebietes als bisher. Die U-Bahn, die Schnellstraße und die 4. Donaubrücke seien ideale Voraussetzungen, in diesem Gebiet moderne Wohnbauten, Gewerbe und Industrie anzusiedeln. Der bestehende Flächenwidmungsplan stamme aus dem Jahr 1964 und trage der heutigen Situation natürlich nicht mehr Rechnung. Die Überprüfung des "Lettenhaufens" beispielsweise habe ergeben, daß dort - sehr verstreut angelegt - lediglich Einfamilienhäuser stünden.

GR. Dr. Bittner (ÖVP) unterzog die insgesamt 26 Flächen- und Bebauungswidmungen der vergangenen 48 Stunden einer sozusagen soziologischen Untersuchung. Es werde nämlich, sagte er, nicht nur neuer und sicherlich sehr benötigter Nutzgrund gewonnen, sondern man spiele durch diese Entscheidung ganz einfach "Schicksal". Obwohl sich Fachleute in der, der Umwidmung vorausgehenden vierjährigen Bausperre genau mit den Gegebenheiten der ins Auge gefaßten Gebiete auseinandersetzen, und über die beabsichtigte Umwidmung natürlich Stillschweigen bewahrt werden muß, um Bodenspekulationen vorzubeugen, erfahren alle jene, deren Grundstücke durch die Umwidmung auf- oder entwertet werden oder ihnen gar verloren gehen, von dem Vorhaben bestenfalls vierzehn Tage vor dem Vollzug. Ein Vorgang, den er als inhuman und abänderungswürdig halte. Man müsse nur an das Schicksal der vielen Schrebergärtner und Siedler am Lettenhaufen denken.

Die Siedler entwickelten eine große Eigeninitiative, aber es sei bedauerlich, daß ihr Tun und Wollen nicht immer in Einklang mit den Plänen der Stadtverwaltung und den Gesetzen stehe. Es sei die Frage, ob man nach Jahrzehnten des Tolerierens mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorgehen soll.

Die Volkspartei habe sich die Sache Lettenhaufen nicht leicht gemacht. Nach Lokalaugenschein und nach langen Beratungen würde sie jetzt ihre Zustimmung zur neuen Flächenwidmung geben. Er stelle jedoch gleichzeitig einen Resolutionsantrag, der Gemeinderat möge beschließen, daß alle Vorgänge der Absiedlung nur nach rechtzeitiger Information

der Siedler und Siedlervertreter erfolgen, daß jedem Siedler, der es wünscht, neue, dauerhafte Flächen zum Siedeln zur Verfügung gestellt werden und daß alle Absiedlungen dem zuständigen Gemeinderatsausschuß berichtet werden müssen.

Während GR. Bittner zu seinem Sitz zurückkehrt, ruft eine alte Dame von der Publikumsгалerie herunter: "Wie lange wird es dauern, bis die Leute Wohnungen kriegen!" (Beifall bei der ÖVP).

Als nächster Redner meint GR. Bohmann (SPO), man solle aus einer Flächenwidmung kein politisches Kapital schlagen. Es sei klar, daß es den Leuten, die sich jahrzehntelang Mühe gemacht hätten, nicht gleichgültig ist, was jetzt geschieht. Der Lettenhaufen, vis a vis der Remise Kagran, liege etwas tiefer als das Straßenniveau der umgebenden Straßen. Das Gebiet sei eines der wertvollsten, nahe dem kagraner Bezirkszentrum. Er glaube, die Bevölkerung werde Verständnis dafür haben, daß hier einmal eine städtebauliche Entwicklung Platz greifen wird. Was den Resolutionsantrag Bittners betreffe: das geschehe in Wien seit Jahren. Es werde kaum eine Stelle geben, die so großzügig entschädige wie die Stadt Wien.

In seinem Schlußwort sagt Berichterstatter GR. Jodlbauer (SPO), er möchte nicht, daß man in der Bevölkerung den Eindruck habe, der Gemeinderat mache sich's leicht, und wenn sich kein Gemeinderat zur Sache melde, gehe sie bei 160 Tagesordnungspunkten unter. So leicht sei es nicht, der Antrag heute stelle ja nur den Schlußpunkt einer langen Entwicklung dar. Der Ausschuß habe sich damit befaßt, der Stadtsenat, vorher der Fachbeirat und die Bezirksvertretung. Man müsse erkennen, daß sich alles in das städtebauliche Gesamtkonzept füge, man müsse vorausdenken für das Jahr 2.000. Es wäre auch falsch gewesen, Hoffnungen zu erwecken, als sei heute noch etwas abzuwenden.

Zu dem Resolutionsantrag GR. Bittners erklärt der Bericht-
erstatter, das sei ja eine Selbstverständlichkeit (Zwischen-
rufe der ÖVP: Sollte es sein!) - und Selbstverständlichkeiten
könne man ohne weiteres zustimmen. Bei der Abstimmung wird der
Antrag des Berichterstatters einstimmig angenommen. Auch der
Resolutionsantrag wird zum Beschluß erhoben.

TV - Sendereihe "Hotel Österreich"

GR. Margarete Tischler (SPÖ) referiert einen Antrag auf
Abschluß einer Vereinbarung mit der Rundfunk- und Fernsehpro-
duktion Zwerenz über die Produktion und Ausstrahlung einer mo-
natlichen Sendereihe "Hotel Österreich" im 1. Programm des
Österreichischen Fernsehens. Diese Sendung soll unter anderem
das Wiener Image verbessern, eine Verbindung zu den Bundes-
ländern schaffen, ferner um Verständnis für Wiener Probleme
werben und die jungen Österreicher informieren, welche Chancen
ihnen die Bundeshauptstadt bietet. Die Kosten pro Sendung
werden mit insgesamt 370.000 Schilling angenommen. Die Refe-
rentin stellt den Antrag, für diese Sendereihe in diesem Jahr
1,110.000 Schilling zur Verfügung zu stellen. Die restlichen
neun Sendungen des Jahres 1969 werden voraussichtlich 3,3
Millionen erfordern.

GR. Karger (KLS) stellt fest, daß dieser Antrag anscheinend
im Zusammenhang mit den Wahlen im kommenden Jahr stehe, denn der
Vertragsentwurf bezieht sich genau auf die Zeit des Wahlkampfes.
Ein hoher Betrag aus Steuermitteln soll also während der Zeit
für Filme ausgegeben werden, deren Inhalt mehr als banal sei.
Die Hauptpersonen sollen ein Hotelportier, ein Kellner und eine
Hotelbesitzerin sein, sowie ein Professor aus Kufstein, der mit
seiner Familie Wien besuchen will. Seinen Tiroler Dialekt hält
man für eine Fremdsprache, als Namen eines Hauptdarstellers
verwendet man Andreas Moser - anscheinend dachte man dabei an
eine Mischung von Andreas Hofer und Hans Moser - und ähnliche
"lustig" sein sollende Gags. Der Film wird auch utopisch, denn
man sieht sogar U-Bahn-Baustellen.

In diesem Image-Film wird überdies alles vorkommen, was man als typisch wienerisch bezeichnet, von der Hofreitschule, dem Museum der Stadt Wien, dem Theater an der Wien bis zum Taxichauffeur und dem Heurigen. Und nun mutet man dem Wiener Gemeinderat zu, für so etwas mehrere Millionen zu bewilligen. Es genüge für Wien bereits das Wirken des Herrn Antel bei einem Stadthallenfilm und bei der Vienna. Seine Fraktion werde daher dem Antrag nicht zustimmen.

GR. Dr. Hirnschall (FFÖ) erklärt, es habe den Anschein, als ob die Agentur Konsul Zwerenz eine Monopolstellung für alle Rundfunk- und Werbesendungen des Rathauses besäße. Ob es die Tramway-Story ist, die seinerzeitige Sendereihe "Wien hat immer Saison" oder nun die geplante Reihe "Hotel Österreich". Die dafür aufgewendeten Beträge werden von Jahr zu Jahr höher. Die geplante Sendereihe dürfte einen großen Betrag des Werbebudgets des Presse- und Informationsdienstes verschlingen und man sollte gut überlegen, ob man sich für eine derartige Sendung entschließen soll. Man sollte prüfen, ob dieses Geld nicht besser für den Bau eines Kindergartens verwendet werden könnte. Über das Drehbuch habe GR. Karger ja bereits ausführlich gesprochen. Es sei unverständlich, daß man alle alten verstaubten Klischees und Requisiten verwenden will, die in Filmen längst vergangener Jahre immer wieder auftauchten. So avantgardistisch die Gemeinde Wien da und dort in ihrer Kulturförderung ist, so spießbürgerlich ist sie bei ihrer Fernsehwerbesendung, die sie für die Bundesländer gestalten will. Wenn wir nichts besseres bieten können, sollen wir es bleiben lassen. Seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

GR. Margarete Tischler weist zurück, daß es sich bei "Hotel Österreich" um eine Wahlsendung handeln würde. Wir müssen jedoch daran denken, das Image unserer Bundeshauptstadt zu verbessern, und die geplante Sendereihe soll dazu ein Beitrag sein.

Heute kann man dem Fernsehpublikum nicht mehr Stehbilder zumuten, wenn man ankommen will. Was alle Bundesländer für sich in Anspruch nehmen, nämlich pro domo Werbung zu machen, das kann wohl auch Wien für sich verlangen. "Erst wenn wir den Bundesländern Wien näher gebracht haben, kann man über den Erfolg urteilen" resümiert die Rednerin. Die 300.000 Schilling Pauschalkosten für eine Sendung von 25 Minuten sind mehr als preiswert zu betrachten.

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Wasserdebatte

Hierauf eröffnet Dr. Strunz (ÖVP) die Debatte über die Erklärungen von Stadtrat Pfösch am Vortag zur Wasserversorgung.

Der Redner freut sich, daß der Kelch der Wasserknappheit noch einmal an uns vorübergegangen ist. Daß das Wasser der "Sieben Quellen" und der "Pfannbauerquelle" uns in Zukunft einige Sorgen abnehmen wird, bezweifelt er nicht, jedoch hält er den Zustand der beiden Hochquellenleitungen und ganz besonders den des Wiener Rohrnetzes für nicht so gut, daß alles Wasser aus diesen Quellen sicher bis zum Verbraucher gebracht werden kann. Schließlich ist die erste Hochquellenleitung 100 Jahre alt und die zweite 60. "Lueger und Felder haben nicht für die Ewigkeit gebaut".

Das Wiener Rohrnetz hat eine Länge von 250 Kilometer und ist zwischen 90 und 120 Jahre alt, führt der Redner aus. Man werde in den nächsten fünf Jahren allein 190 Millionen Schilling und 70 Millionen zusätzlich für eine neu zu bauende Ringleitung ausgeben müssen. Da ist aber noch die Sache mit dem Grundwasser. Einen ausführlichen Bericht erwartet er für die nächsten Wochen und dann sei auch die Frage geklärt, ob es zu einer dritten Trinkwasserleitung kommt und wann dies der Fall sein wird. "Wir sind für etwa 15 Jahre sicher mit dem Wasser aus dem Wasser, aber was ist dann?" Und der Redner fordert vordringlich eine Sanierung des Rohrnetzes innerhalb Wiens.

GR. Hans Mayr (SPÖ) kritisiert, daß eine nicht voraussehbare Trockenheit zu politischen Angriffen benutzt werde. "Wenn wir heute einen Rohrnetzverlust von unter zehn Prozent haben, so ist dies wahrlich gering". Das Rohrnetzalter spielt keine Rolle und es hängt ausschließlich von den äußeren Einflüssen ab, wie lange ein Rohr dicht bleibt. Selbst römische Wasserleitungen könnte man heute noch benützen.

Man sollte anerkennen, daß es trotz der bedeutenden klimatischen Schwierigkeiten zu keiner Wasserkrise gekommen ist, und wir sollten anerkennen, daß die Wiener Bevölkerung vernünftig und solidarisch auf die Appelle der Wasserwerke reagiert und ihren Wasserverbrauch eingeschränkt hat (Beifall).

Die Wasserversorgung der Millionenstadt bleibt nach wie vor eine dringende Aufgabe für uns. Sie hängt von den naturgegebenen Verhältnissen ab und wird mit der zunehmenden Industrialisierung und Verschmutzung der Flüsse und Grundwässer schwieriger.

Stellen wir diese Fragen außerhalb des politischen Tagesstreits, unsere demokratischen Institutionen geben uns die Möglichkeit zu einem Ausgleich der Spannung. Im Gemeinderat soll mit dem Wasser kein politisches Geschäft zu machen versucht werden. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Pfoch gibt einen weiteren beruhigenden Bericht zur Wasserlage Wiens: Der Behälterstand konnte auf 381.000 Kubikmeter gebracht werden. Trotzdem wird die Kundmachung noch einige Zeit in Kraft bleiben, um auch den entleerten Behälter am Steinfeld wieder füllen zu können. Die Kundmachung wird aber sehr bald aufgehoben werden können.

In den letzten fünf Jahren wurden bei den Wiener Wasserwerken 1.916 Millionen Schilling aufgewendet, um auch das Rohrnetz zu sanieren. Für Investitionen allein - ohne Rohrnetz - wurden 653 Millionen aufgewendet. In der gleichen Zeit standen Einnahmen von 832 Millionen zur Verfügung.

Daraus ergibt sich, daß lange Zeit außerordentlich hohe Investitionen aus allgemeinen Steuermitteln gemacht wurden. Warum sollen wir diese Leistung herabsetzen? Wir haben in den letzten Jahren sozusagen eine dritte Wasserleitung geschaffen, indem wir durch verschiedene Maßnahmen 185.000 Kubikmeter Wasser zusätzlich aufgebracht haben. Wir werden de facto mit dem Einleiten der Sieben Quellen 220.000 Kubikmeter Wasser zusätzlich haben, das ist mehr als ein Drittel des Wasserverbrauchs Wiens zu Spitzenzeiten. Das Rohrnetz selbst ist nicht so schlecht, wie man es darstellt. Im internationalen Maßstab werden 20 Prozent Netzverlust als durchaus normal angesehen. Die Wiener Leitungsverluste differieren zwischen 8 und 10 Prozent. Wir haben in den letzten Jahren eine Rohrnetzstrecke von 640 Kilometern ausgebaut. Wäre heuer ein nicht so extrem trockenes Frühjahr gewesen, hätten wir uns auch Appelle und die Kundmachung ersparen können. Abschließend teilte der Stadtrat mit, daß in 16 Fällen, wovon 8 wirklich krass waren, Anzeige erstattet wurde. Er bat um Kenntnismahme des Berichts (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Damit ist die Debatte zu diesem Gegenstand geschlossen.

Dringliche Anfrage

Hierauf gelangte die dringliche Anfrage der ÖVP betreffend Errichtung eines Radstadions, zur Verhandlung.

GR Bittner (ÖVP) unterstrich in seiner Begründung die Bedeutung eines solchen Radstadions für die große Zahl der Wiener Radsportler, und stellte bedauernd fest, daß seit ungefähr 6 Jahren keine internationalen Radrennkämpfe auf der Bahn in Wien stattfinden konnten, er warf die Frage auf, warum dieses Projekt für den Radrennsport, der ein echter Breitensport ist, plötzlich abgesetzt wurde, ohne den Gemeinderat zu informieren.

Als Kontraredner trat GR. Planek (SPÖ) ans Pult und gab bekannt, daß seine Fraktion dem Antrag auf Dringlichkeit nicht zustimmen werde.

./.

Es habe den Anschein, sagte der Redner, daß eine rein sachliche Angelegenheit zu einer politischen Frage hochgespielt werden solle. Nicht das Bauamt sei als Bauherr aufgetreten, sondern die Wiener Stadthallen Betriebs- und Produktionsgesellschaft. Ein Architekt lieferte die Pläne und erstellte einen Kostenvoranschlag.

Als es seinerzeit um die Baukosten für die Stadthalle ging, habe die ÖVP-Fraktion mehrmals Einspruch wegen der Höhe der Kosten erhoben. Der gegenwärtige Fall sei konträr: hier wisse man nicht, wie hoch die Endkosten sein werden.

In der folgenden Abstimmung wurde die Dringlichkeit des Antrages mit Mehrheit abgelehnt.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Bürgermeister Bruno Marek hielt die Schlußansprache (siehe "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2191 bis 2195).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

AKH-Direktor Dr. Ritschel - 60. Geburtstag
=====

12. Juli (RK) Am 14. Juli feiert der ärztliche Direktor des Allgemeinen Krankenhauses der Stadt Wien-Universitätskliniken - Medizinalrat Dr. Franz Ritschl seinen 60. Geburtstag.

Aus diesem Anlaß fand heute im Festsaal eine kleine Feier statt, bei der der Dekan der Medizinischen Fakultät, Professor Dr. Tappeiner dem Jubilar im Namen der Fakultät ein von Professor Sergius Pauser gemaltes Porträt als Geburtstagsgeschenk übergab. Im Namen der Verwaltung gratulierten Oberamtsrat Denk, Amtsrat Padiwy und die Oberin des Krankenpflegepersonals. Namens der Magistratsabteilung 17 waren der Leiter Obersenatsrat Dr. Franz Widmayer in Begleitung des Senatsrates Dr. Josef Leodolter erschienen, die dem Jubilar die herzlichsten Glückwünsche des Anstaltenamtes überbrachten.

Dr. Franz Ritschl ist am 14. Juli 1908 in St. Veit a/d Triesting in Niederösterreich geboren. Er absolvierte das Stiftsgymnasium in Kremsmünster und inskribierte Medizin an der Wiener Universität. Am 1. Februar 1935 promovierte er zum Doktor der gesamten Heilkunde. 1940 rückte Dr. Franz Ritschl zur Wehrmacht ein, kam bei Kriegsende in amerikanische Kriegsgefangenschaft, aus der er im Juli 1945 entlassen wurde. Am 1. April 1946 trat Dr. Ritschl in den Dienst des Magistrates der Stadt Wien als ärztlicher Sekretär des Amtsführenden Stadtrates für Gesundheitswesen ein. Am 3. November 1948 erfolgte seine Bestellung zum Referenten für medizinische und ärztliche Spitalsangelegenheiten in der Magistratsabteilung 17 und am 6. April 1961 seine Amtseinführung als ärztlicher Direktor des Allgemeinen Krankenhauses der Stadt Wien.

Bitte weiter Wasser sparen !
=====

12. Juli (RK) Die Wassersparverordnung beginnt sich erfreulicherweise auszuwirken. Wie Stadtrat Hubert Pfoch der "Rathaus-Korrespondenz" heute mitteilen konnte, wurden gestern Donnerstag 35.000 Kubikmeter Wasser erspart. Der Verbrauch betrug 491.000 Kubikmeter, die Zuflüsse machten 526.000 Kubikmeter aus.

Trotzdem ersuchen die Wasserwerke, mit dem Wasser weiterhin sparsam umzugehen. Die Sparverordnung bleibt in Kraft.

Bisher wurde von den Wasserwerken in 16 besonders krassen Fällen Anzeige erstattet.

(Bereits mit Fernschreiber durchgegeben!)

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

12. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Feldgurken 6 S, Paradeiser 5 S je Kilogramm, Karfiol 3 bis 5 S je Stück.

Obst: Bananen 6 bis 7 S, Pfirsiche 5 bis 8 S, Wassermelonen 7 S je Kilogramm.

- - -